

Handout zum Text: "Does Internet create Democracy?"

Von Alinta Thornton

Die utopische Vision der Demokratie zielt meist auf ein direktes Model von Demokratie ab, was jedoch, zumindest in seiner extremen Form, ein Ideal bleiben muss. Die Regierungstätigkeit deckt ein zu breites Themengebiet ab, als dass jeder Bürger sich mit jedem Thema auseinandersetzen könnte.

Dieser Umstand schlägt sich auch im Anteil derjenigen Bürger mit Stimmrecht, welche dieses auch tatsächlich wahrnehmen, nieder. Im Jahr 2002 gaben nur 60% der wahlberechtigten US-amerikanischen Bürger ihre Stimme ab, im Gegensatz zur Mitte des 17. Jahrhunderts, wo noch 74% der Stimmbürger einer amerikanischen Stadt ihr Wahlrecht wahrnahmen. Hierbei ist anzumerken, dass aber nur 60 Personen das Stimmrecht innehatten.

Australien im Gegensatz weist eine Wahlbeteiligung von nahezu 100% auf, was sich dadurch erklärt, dass in Australien Wahlpflicht herrscht. Verweigerung wird mit Geldbussen oder sogar Gefängnisstrafen geahndet. Vorausgesetzt, das politische Interesse für Wahlen sei in beiden Ländern etwa gleich ausgeprägt, stellt sich die Frage, was die 40% uninteressierten Wähler mit ihrer Stimme anfangen und wie sich dieser Umstand auf die politische Willensbildung auswirkt.

Die Wählerschaft in den USA setzt sich vornehmlich aus privilegierten Gruppen zusammen. Dasselbe gilt für das Internet, wo dieselben Gruppen präsent sind. Unter diese Gruppen fallen Senioren, Hauseigentümer, verheiratete Paare, besser Gebildete, höhere Einkommensklassen usw.

Eine Partizipation aller Bürger am demokratischen Prozess wäre nur möglich, wenn den einzelnen Bürgern bewusst wird, dass sie wichtige Teile des politischen Lebens sind. Die Bürger müssen die Partizipation ernst nehmen. Grundlegend für die Entwicklung einer

starken und positiven demokratisch-politischen Identität ist die Fähigkeit über Politik zu reden. Dies wäre durch eine Verschiebung von der Kommunikation mit einem grossen homogenen, undifferenzierten und anonymen Publikum zur Kommunikation unter kleinen, heterogenen, unterschiedlichen und identifizierbaren Teilnehmern möglich. Es scheint jedoch eher so zu sein, dass die meisten Internetnutzer mehr Konsumenten als Teilnehmer sind, welche sich mit Videospiele oder interaktivem Fernsehen abgeben.

Ein Beispiel für Partizipation über das Internet bietet das Projekt *Minnesota E-Democracy*, welches eine nicht-Gewinn-orientierte Onlineplattform zur Verbesserung der demokratischen Partizipation im US-Bundesstaat Minnesota bereitstellt. Die Plattform bietet die Möglichkeit online zu wählen und elektronische Speicherkapazität zur Interaktion der Bürger in öffentlich-politischen Angelegenheiten, wie Foren, Diskussionsrunden, Mailinglisten und ähnliches. Obwohl die Plattform nur ca. 4000 Teilnehmer aufweist, ist doch für Internetverhältnisse recht langlebig.

In den USA fanden schon mehrmals Versuche mit Onlinewahlen statt. So zum Beispiel in Arizona wo 2000 die Wahlbeteiligung durch die Möglichkeit online zu wählen um 600% anstieg. 80% der Prozent der Wähler nutzten diese Möglichkeit.

Während in der griechischen Agora jeder Bürger das Recht hatte, an den Diskussionen des Parlaments teilzunehmen, neigen das US-amerikanische und das britische Parlament eher dazu, die Bürger aus dem politischen Prozess auszuschliessen. Nur wäre es aber rein theoretisch einem Parlamentsmitglied möglich, die Individuen der Wählerschaft direkt anzusprechen, um ihre Meinung zu bestimmten Themen berücksichtigen zu können. Dies ist natürlich momentan aufgrund der Anzahl und Komplexität der Themen, sowie der Grösse der Bevölkerung nicht möglich. Politiker müssten Verantwortungsbewusst und ansprechbar sein, würden aber im Gegenzug die Möglichkeit erhalten, bei Wahlen die Anzahl der für sie abgegebenen Stimmen durch eine genauere Kenntnis der Wählerwünsche zu maximieren.

Der geführte Dialog wird durch die Möglichkeiten des Zugangs beeinflusst. Das bedeutet, dass die materiellen und intellektuellen Ressourcen, welche den Zugang zum Internet ermöglichen ungleich verteilt sind und die Qualität der Kommunikation beeinflussen. Es macht einen Unterschied, ob man sich mittels eines 56Kb-Modems oder eines

Breitbandanschlusses Zutritt zum Internet verschafft. Sprachliche Fähigkeiten, Englischkenntnisse oder die Kapazität des Rechners stellen weitere Ressourcen dar.

Diese Unterschiede im Zugang zu Ressourcen könnten in einer solchen *E-Demokratie* dazu führen, dass ressourcenarme Gruppen weiter marginalisiert werden, während die politischen Repräsentanten irrtümlicherweise davon ausgehen, das gesamte gesellschaftliche Spektrum zu repräsentieren. Möglicherweise wäre aber in solches Modell der Partizipation dem heutigen vorzuziehen, wo fast niemand einen wirklichen Einfluss auf die Tätigkeiten der Regierungen ausüben kann. Eine solche Einbusse an politischer Macht und Handlungsspielraum wird aber von den politischen Eliten nicht begrüßt werden, da sich Regierungen schon seit je her äusserst unwillig zeigen, die Bürger in die politischen Prozesse mit einzubeziehen. Obwohl sich einiges geändert hat, sind Regierungsapparate auch heute noch sehr zurückhaltend, wenn es um die Offenlegung ihrer internen Prozesse geht.

Die Online-Gemeinschaften wurden in der Zeit ihrer Entstehung dominiert durch symbolische Analysten, d.h. Journalisten, Programmierer, freischaffende Künstler usw. Grundsätzlich stellt diese Gruppe von Personen nicht gerade das dar, was man unter einer breiten Partizipation versteht. Heutzutage ist die Benutzung des Internets auch im Mainstream verbreitet. Spam, gezielte Provokationen und Werbung vermindern die Effizienz und Attraktivität der Usenet-Foren. Es zeichnet sich eine *Tragedy of the Commons* ab. Mit der Ausweitung der öffentlichen Sphäre, welche immer mehr Individuen umfasst, vermindert sich die Qualität des geführten Diskurses. Es stellt sich weiter die Frage, ob die breite Einbindung von Individuen in den Diskurs überhaupt ein wünschenswerter Umstand ist. Wenn die allgemeine Annahme richtig ist, dass Individuen mit höherem sozialen Status eher befähigt sind am Diskurs teilzunehmen, dann wäre die massenhafte Einbindung von Individuen mit niederem Status weniger erstrebenswert. Dies basiert aber auf der Annahme, dass Individuen mit niedrigerem sozialem Status weniger intelligent, was wiederum ihren geringen Status rechtfertigt und der Exklusion bestimmter Gruppen von der politischen Partizipation, wie Frauen, Angehörige anderer Ethnien usw. dient.

Unterstützt nun die öffentliche Sphäre und mit ihr das Internet die herrschenden gesellschaftlichen Kräfte oder stimulieren sie gesellschaftlichen und politischen Wandel? Häufig wird die öffentliche Sphäre als korrumpiert durch die Machtkämpfe verschiedener gesellschaftlicher Kräfte, welche um die Kontrolle über die Kommunikationsflüsse

konkurrieren, um Einfluss auf deren Rezipienten zu nehmen. Wird der Kampf um die Öffentlichkeit als äquivalent dem um Gerechtigkeit angesehen, wird die Frage nach der Kontrolle der öffentlichen Sphäre von vitalem Interesse.

Habermas Konzeption öffentlicher Sphären betrachtet diese als öffentliches Gut. Es existiert gemäss seinem Model nur eine undifferenzierte, öffentliche Sphäre, welche eine öffentliche Arena umfasst, in welcher jeder seine Anliegen zu Gehör bringen kann und dieser Zustand wird als wünschenswert angesehen. Untergeordnete Gruppen müssen zuerst am Diskurs der dominanten Gruppe teilnehmen, um ihre Anliegen einbringen zu können.

Auch stellt sich hier die Frage, wie viele öffentliche Sphären existieren und ob die öffentliche Sphäre alternative öffentliche Sphären anderer Gruppen, wie zum Beispiel die der Arbeiterklasse, abschwächt. Gemäss dieser Sichtweise konstituiert die Arbeiterklasse eine Gegenöffentlichkeit, was der Arbeiterschaft eine Stimme in Form von Gewerkschaften verschafft.

Existieren mehrere öffentliche Sphären, konkurrieren diese um die Aufmerksamkeit. Eine demokratische, öffentliche Sphäre müsste aber untergeordneten Gruppen erlauben, auf den Diskurs der dominanten Gruppe Einfluss zu nehmen und ihre Anliegen einzubringen. Als Beispiel hierfür mag Diskussion um sexuelle Belästigung angesehen werden.

Eine egalitäre Gesellschaft bedarf einer öffentlichen Sphäre, welche viele verschiedene Öffentlichkeiten umfasst und mindestens eine allgemeine Öffentlichkeit, in welcher die Bürger politische Differenzen diskutieren können. Das Internet stellt eine Möglichkeit für den Bürger dar, seine Informationen zu erweitern und die Informationsbreite selbsttätig zu erweitern. Hierzu ist zu bemerken, dass bis jetzt die Themen der dominanten Kräfte westlicher Gesellschaften vorherrschen.

Auch das Internet existiert nicht in einem sozialen Vakuum, sondern es wird durch die Ereignisse der physischen und sozialen Welt geformt. Aus diesem Grund weist jede Information einen räumlichen Bezug auf, der ihren relativen Wert abhängig vom Ort bestimmt. Bisher basierten menschliche Gemeinschaften auf verwandtschaftlichen, sowie Arbeits- und Freundesnetzwerken. Ihre Mitglieder teilen sich ein gemeinsames Territorium, ihre Geschichte und ihr Wertesystem. Die Gruppe ist homogen und beruft sich auf mythische, nicht-rationale Aspekte, um ihren Ursprung zu erklären. Gemeinschaften im Internet basieren

dagegen auf gemeinsamen Interessen. Des Weiteren sind Raum und Örtlichkeit getrennt, wenn Individuen über Distanz Gemeinschaften aufbauen.

Die öffentliche Sphäre funktioniert durch den Zusammenschluss der Interessen der Bürger und dies verlangt nach einer Gesellschaft als Rahmen. Dies ist auch der Grund, warum eine *globale Gemeinschaft* für die Menschen weniger wichtig als lokale Identitäten ist.

Ob eine Interaktion oder Diskussion entsprechend demokratischen Grundsätzen folgt, ist nur von Interesse, wenn das Ergebnis Auswirkungen auf das reelle Leben hat. Um unter demokratischen Bedingungen Ergebnisse zu erzielen, müssen nach Habermas folgende Bedingungen erfüllt sein. Jeder der will, kann an der Diskussion teilnehmen. Alle haben die gleiche Möglichkeit, frei ihre Meinung zu äussern und das Ergebnis muss verhandelbar sein. Die traditionellen Massenmedien erfüllen diese Bedingungen kaum, dasselbe muss für das Internet gelten. Zum einen ist der Zugang, wie schon besprochen, begrenzt, zum anderen weisen nicht alle dieselben sprachlichen, intellektuellen und technischen Fähigkeiten auf.

Zu gute gehalten werden muss dem Internet jedoch, dass es eine exponentielle Zunahme der politischen Information hervorgebracht hat, auf die Bürger zurückgreifen können. Auch ermöglicht das Internet seinen Teilnehmern die Schaffung einer gemeinsamen Vertrauensbasis, aufgrund der Konsens möglich ist.

Bei jeder Kommunikation zwischen Menschen spielen mythische und symbolische Aspekte eine nicht zu unterschätzende Rolle. Diese verweisen weniger auf rationale Gedankengänge, als mehr auf primäre Emotionen, wie Furcht, Wut, Erregung oder territoriale Ansprüche. Ein Grossteil der menschlichen Psyche widersteht hartnäckig der Ratio, wesshalb auch der öffentlichen Kommunikation unterbewusste Triebe, Begierden und Ängste zugrunde liegen. Die Forderung nach einer Rationalität innerhalb der öffentlichen Sphäre erweist sich somit als nicht erfüllbares Ideal.

Eine weitere Forderung an eine demokratische öffentliche Sphäre besteht in der Gleichgestellttheit ihrer Teilnehmer; sozialer Status darf keine Rolle spielen. Diesem Ideal wurde schon während des Absolutismus versucht Rechnung zu tragen. In England geschah dies durch die *coffee house convention*, in Frankreich durch die *Salons* und in Deutschland durch die *Gesellschaften*. Gemeinsam war diesen sozialen Erscheinungen das Bekenntnis zu

Egalität jenseits von gesellschaftlichen Hierarchien, zum Zweck des freien unbelasteten Diskurses zwischen Adligen und Bürgern. Die Statusunterschiede liessen sich jedoch niemals vollständig verwischen.

In Usenet-Groups wird Status durch Themenwissen oder sprachliche Fähigkeiten erzeugt. Eine weitere Quelle von Status kann in den Krümeln der eigenen Identität gefunden werden, welche bei der Internetnutzung verstreut werden. Eine Email-Adresse kann zum Beispiel darüber Auskunft geben, ob der Besitzer Teil des akademischen Betriebes ist.

Obwohl sich die Statusunterschiede auch im Internet nur schwer verwischen lassen, ist doch die Kommunikation via Email freier und unbelasteter von statusbedingten Verzerrungen als Face-to-Face-Beziehungen, in welchem sich das untergeordnete Individuum weniger häufig einbringt, als in elektronischer Kommunikation. Im Internet spielt demnach Status eine geringere Rolle als in der physischen Welt.